

# Tag der Befreiung

Heute vor 75. Jahren hat die deutsche Wehrmacht endgültig kapituliert. Damit hat der 2. Weltkrieg in Europa geendet. Aber auch 75. Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges gibt es noch immer die Gefahr weiterer Kriege.

Daher sollten wir uns heute die Zeit nehmen und nachdenken warum eigentlich. Warum braucht es noch Kriege? Braucht es überhaupt Kriege? Was führt dazu, dass es Kriege gibt?

Für uns ist das relativ klar, wirtschaftliche Interessen, globale Machtkämpfe und nationalistisches Gedankengut. All das sorgt für einen konstanten Druck auf die einzelnen Länder weiter aufzurüsten und auf Kriege gewappnet zu sein. Was wiederum dafür sorgt, dass Kriege viel eher als Möglichkeit der Machtsicherung betrachtet und normalisiert werden. Dabei ist ein Krieg alles andere als normal. Zumindest sollte er das sein. Doch in einer Welt die so auf Krieg getrimmt ist gibt es nur einen Weg gegen Kriege präventiv vorzugehen: Abrüstung.

Wir müssen endlich davon wegkommen, dass sich die Nationen konstant ihre Waffenarsenale wie Messerklingen an die Kehlen halten und so andere Nationen zum ziehen der eigenen Messer zwingen. Nur durch eine global abgestimmte Abrüstung können wir Kriege wirklich effektiv verhindern. Es hilft kein dystopischer Traum einer internationalen Armee, die bei Überschreitungen von Menschenrechten oder ähnlichem eingreift, das sehen wir schon an der NATO.

Der andere Teil der angegangen werden muss ist die omnipräsente Nationalität, die uns umgibt. Es wird nur in Länderinteressen gedacht. Unsichtbare Grenzen werden zwischen Menschen gezogen, die nicht einmal einen Kilometer auseinander leben, weil sie eine andere Nationalität haben.

Entgegengesetzt zu einer globalen Abrüstung ist eine Bekämpfung des Konzepts von Nationalität jedoch etwas abstraktes. Das macht es deutlich schwerer direkt dagegen vorzugehen. So haben auch wir keine Antwort wie genau man

gegen dieses Problem, dass die Menschheit nun schon lange genug plagt vorgehen soll. Vor allem, da fast jeder politische Prozess momentan eng mit Nationalität verknüpft ist.

Trotzdem sollten wir nicht aufgeben zu versuchen Nationalismus zu bekämpfen, da es solange es Nationalismus gibt auch Kriege geben wird.

Und worin Nationalismus enden kann haben wir bereits erlebt.

Daher feiern wir heute den Tag der Befreiung!

---

# Die Jugend gestaltet die Zukunft selbst, statt sie den G20 zu überlassen

*Pressemitteilung des Aktionsbündnisses Jugend gegen G20*



HAMBURG

Ein bundesweiter Zusammenschluss aus gewerkschaftlichen, internationalistischen, sozialen und antifaschistischen Jugendgruppen, Organisationen, Verbänden und Einzelpersonen sowie dem

Jugendrat

Hamburg ruft zu Protesten gegen den G20-Gipfel im Juli auf. Sie

verweisen darauf, als Jugend nicht von den Regierungschefs der 19

wichtigsten Wirtschaftsnationen und der EU vertreten werden zu wollen.

„Die G20 entscheiden über unsere Köpfe hinweg, entgegen unseren Interessen. Als junge Generation wenden wir uns gegen eine Politik der nationalistischen und neoliberalen Krisenverwaltung, die zu Lasten unserer Zukunft geht. Deshalb organisieren wir einen vielseitigen und bunten Block auf der internationalen Großdemonstration am 08. Juli in Hamburg.“ sagt Marvin Hopp, von der bundesweiten Plattform.

Laura Kroger vom Jugendrat Hamburg fügt hinzu: „Wir planen einen massenhaften Jugendprotest gegen den G20 Gipfel. Die Hamburger Schulen und Unis werden am 7. Juli bestreikt werden. Statt zur Schule oder in die Uni, werden wir gemeinsam auf die Straße gehen und unsere Vorstellung einer grenzenlosen und solidarischen Gesellschaft deutlich machen!“

Jugend gegen G20 mobilisiert

- zu dem „Gipfel für globale Solidarität“ am 5./6. Juli und wird mit einem eigenen Workshop vertreten sein.
- zu einem Bildungsstreik, im Rahmen des Aktionstags gegen den G20-Gipfel am 7. Juli.
- zu einem „Jugend gegen G20“-Block auf der internationalen Großdemonstration am 08. Juli.

## *Aufruf der bundesweiten Plattform Jugend gegen G20*

### **Our future is unwritten – let's fight together**

Wir, als „Jugend gegen G20“, sind eine bundesweite Plattform, die der Anlaufpunkt für junge Menschen ist, welche sich in die Proteste gegen den G20-Gipfel einbringen wollen. Wir rufen dazu auf, sich an den vielseitigen Aktivitäten im Rahmen der „G20-Plattform“ zu beteiligen.

Wir wollen:

- den Gegengipfel („Gipfel für globale Solidarität“) vom 5.7. (Mi.) bis 6.7. (Do.) dafür nutzen, um in einen internationalen Austausch zu kommen und uns weiter zu vernetzen.
- am 7.7. (Fr.) durch Kreativität, Vielfalt und massenhafte Aktionen des zivilen Ungehorsams unseren Protest nicht nur sichtbar, sondern auch spürbar machen.
- auf der Großdemonstration am 8.7. (Sa.) ein internationales Zeichen der grenzenlosen Solidarität setzen.

Wir organisieren uns in diesem Rahmen, um unsere Situation und Interessen zur Geltung zu bringen. Hierfür werden wir unsere verschiedenen Alltagskämpfe zusammenführen und im Rahmen der Proteste gegen den G20-Gipfel unsere Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen einen gemeinsamen Ausdruck verleihen. Seien es die Ängste um eine lebenswerte Zukunft, aufgrund einer fortlaufenden Zerstörung unserer ökologischen Lebensgrundlage. Sei es die Ablehnung von Herrschaftsmechanismen, welche insbesondere in jüngster Vergangenheit in Form eines erstarkenden Sexismus und Rassismus auf dem Vormarsch sind. Seien es die Auswirkungen kapitalistischer Krisen, welche z.B. durch die europäische Austeritätspolitik (unter deutscher Führung) in Form einer massiven Jugendarbeitslosigkeit auf dem Rücken junger Menschen abgewälzt wird. Weltweit betreffen uns diese Entwicklungen als

Jugend in besonderem Maße: es ist an der Zeit sich gemeinsam dagegen zu erheben!

Im Juli 2017 trifft sich unter Beteiligung von Trump, Putin und Erdogan die 1. Liga der Unsympath\*innen in Hamburg. Sie tun dies vor allem als Krisenverwalter\*innen eines immer autoritärer werdenden Kapitalismus, welcher weltweit unsere Lebensbedingungen bedroht. Beim G20-Gipfel geht es daher bei weitem nicht um unsere Interessen. Diesen Entwicklungen stellen wir uns entgegen. Wir werden im Rahmen der Proteste eine solidarische Perspektive einer lebenswerten Zukunft sichtbar machen.

**Deshalb rufen wir auf:** Fahrt mit uns nach Hamburg und beteiligt euch an den internationalen Protesten! Organisiert euch im Rahmen von Jugend gegen G20 für eine solidarische Gesellschaft!

**Wer wir sind:**

Wir sind ein Zusammenschluss aus sozialen, internationalistischen, gewerkschaftlichen und antifaschistischen Jugendgruppen, Organisationen, Verbänden und Einzelpersonen, die im Juli 2017 gegen den G20-Gipfel in Hamburg auf die Straße gehen werden. Wir werden den Protest gegen den G20-Gipfel nutzen, um unsere unterschiedlichen Kämpfe zusammenzuführen und ein deutliches Signal für eine solidarische Gesellschaft jenseits von Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung zu setzen. In uns wächst die Erkenntnis, dass ein gutes Leben für alle im Kapitalismus nicht möglich ist, daher soll unser Zusammenkommen über den Widerstand gegen den Gipfel der G20 hinausgehen.

---

# Zum Antikriegstag 2016: Größere Bundeswehr schafft keinen Frieden



Krieg beginnt hier!

Die Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg ruft ihre Mitglieder und Sympathisant\*innen dazu auf, sich an lokalen Antikriegsbündnissen zu beteiligen, die vielerorts nicht zum 01.09., sondern auch zum Wochenende am Samstag, den 03.09. stattfinden.

“In den vergangenen Jahren wurde der Tag, der an das Ende des zweiten Weltkriegs erinnert, immer wichtiger, zumal momentan wieder so viele Menschen auf der Flucht sind wie damals“, so Ryk Fechner, Mitglied im Landessprecher\*innenrat der Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg. “Dass die Bundesregierung vor diesem Hintergrund gerade mit dem Gedanken spielt, den Rüstungsetat des Bundeshaushalts von 34 auf 60 Milliarden Euro jährlich zu nahezu verdoppeln, ist an Zynismus kaum zu überbieten“, kritisiert Fechner weiter: “Mit dem internationalen Rüstungswettlauf werden keine Fluchtursachen bekämpft, sondern verschärft.”

Als Linksjugend [‘solid] stehen wir – auch wegen der zunehmenden militärischen Bedrohungen – an der Seite von Geflüchteten. Sichere Fluchtrouten nach Europa und ein Leben in Würde muss für alle Menschen möglich sein – hier und anderswo. Hierzulande ist es für uns wichtig, aktive Gewerkschafter\*innen in den Betrieben zu unterstützen, die

sich für Rüstungskonversion einsetzen, also dafür, dass statt Waffen und militärischen Fahrzeugen Gegenstände für den alltäglichen Gebrauch hergestellt werden.

Ebenso kritisieren wir, dass die Bundeswehr nach wie vor Offiziere an Schulen schickt, um gezielt für den Dienst an der Waffe zu werben. Diese Maßnahmen widersprechen klar der von Deutschland ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention, die es den beigetretenen Staaten untersagt, unter 18-Jährige für den Militärdienst anzuwerben. Stattdessen muss alles daran gesetzt werden, dass alle (jungen) Menschen die Möglichkeit haben, einer zivilen Erwerbsarbeit nachzugehen, in der sie sich selbst verwirklichen können.

Bei allen Sympathien für Veranstaltungen, die sich gegen Krieg richten, möchten wir jedoch nicht alles vorbehaltlos stehen lassen, was als Antikriegsveranstaltung getarnt daherkommt. Wir stellen uns gegen jeden "nationalen Antikriegstag" faschistischer Gruppen, deren Absichten mit "Nie wieder Krieg – nach unserem Sieg"-Parolen menschenverachtend, diskriminierend und im Kern eben doch militaristisch sind. Ebenso lehnen wir jede Antikriegs-"Querfront" mit Ken-Jebsen-Fans und sonstigen Verschwörungstheoretiker\*innen ab, da dies allzu häufig als Einfallstor für rechte, menschenverachtende Denkmuster dient.

---

**[Interview Teil II]  
Landtagskandidatin Hilke  
Hochheiden: Menschen müssen**

# politisiert werden

*Nachdem Hilke Hochheiden im ersten Teil ihres Interviews am Montag verriet ([hier lesen](#)), dass die Kurdistan-Solidarität in Mannheim bei der baden-württembergischen Landtagswahl eine große Rolle spielt, geht die Landtagskandidatin im zweiten Teil noch einmal auf den IS und die Strategien der Bundesregierung ein. Die Hochschulpolitikerin erläutert zudem, was eine Landesregierung dafür tun kann, um die Situation an den Hochschulen und Universitäten für Studierende und Forscher\*innen zu verbessern.*



**['solid] BaWü:** Hat DIE LINKE.Mannheim auf kommunaler Ebene Erfolgsprojekte vorzuweisen?

**Hilke:** Ja, bei der Behindertenwerkstatt in Mannheim-Neckarau gibt es eine relativ viel befahrene Straße, die die Menschen auch überqueren müssen. Wir haben es durchgesetzt, dass es eine Verkehrsinsel gibt, damit man die Straße leichter queren kann. Das wäre ohne DIE LINKE. Mannheim nicht passiert.

**['solid] BaWü:** Jene LINKE. will im Land etwas bewirken und naturgemäß gehen ['solid]-Mitglieder an der ein oder anderen Stelle etwas weiter als die Partei. Wo siehst du das größte Veränderungspotential in der LINKEN?

**Hilke:** Karl Marx sagte ein mal, dass "radikal [zu] sein ist, die Sache an der Wurzel fassen". Ich glaube, dass DIE LINKE. in diesem Sinne viel radikaler sein könnte. Wir sind häufig dabei, uns mit den Symptomen zu beschäftigen, anstatt uns wirklich mit der Ursache auseinanderzusetzen.

Nehmen wir das ganze Thema Armut. Natürlich ist es wichtig,



dass Menschen in Armut jetzt etwas mehr Geld bekommen. Doch es geht nicht mir nicht weit genug darüber zu befinden, ob es ein paar Euro mehr Hartz IV oder Mindestlohn geben soll. Das ist nicht die Lösung, da wird nur innerhalb des Systems selbst etwas verändert. Wir müssen uns einfach öfter trauen, laut auszusprechen, dass das Problem an sich das System ist und öfter zu sagen, dass der Kapitalismus scheiße ist. Das müssen wir offensiv vertreten. Dazu gehört, mehr Menschen erreichen zu wollen und sie über Bildungsarbeit mitzunehmen, um ihnen klarzumachen, woran ihre Probleme eigentlich liegen.

**['solid] BaWü:** Du möchtest also konkret, dass Bildungsarbeit für Leute geschaffen wird, die sich für den politischen Alltag nicht interessieren?

**Hilke:** Na ja, letztendlich muss man anfangen, die Leute in ihrem Alltag zu politisieren. Wenn man sie nicht dazu bringt, sich für Politik zu interessieren, kann man mit der Bildungsarbeit kaum ansetzen. Aber diese Bildungsarbeit muss kommen, sobald Menschen politisiert worden sind. Das macht DIE LINKE. auch teilweise.

Und diese LINKE. wird dadurch spannend, dass sie sich aus so vielen politischen Richtungen zusammensetzt, dass es auch auf zahlreichen Gebieten Leute gibt, die gute Arbeit machen. Das ist aber kaum in der öffentlichen Wahrnehmung und DIE LINKE. kommt rüber wie die SPD vor 30 Jahren.

**['solid] BaWü:** Hast du selbst konkrete Ansätze, wie du versuchst, das politische Interesse von Leuten zu steigern?

**Hilke:** Wenn ich auf Leute zugehe, versuche ich sie an ihrer Lebensrealität zu packen. Ich kann natürlich jede\*n mit meinem Lieblingsthema Bildungspolitik vollquatschen. Aber es ist wichtig zu verstehen, ob es das Gegenüber interessiert und im Gespräch da anzusetzen, wo ihnen der Schuh drückt. Als ich vor ein paar Jahren nach Mannheim kam, war ACTA ein großes Thema.

Da konnte man sagen: "Hey Leute, kommt mal mit auf die Demo

und dann reden wir mal drüber.“ Das funktioniert auch bei Sachen wie TTIP oder bei der Frage, weswegen Menschen in sozialen Berufen so schlecht behandelt werden. Das hängt aber alles vom jeweiligen Lebensmittelpunkt der Menschen ab.



**['solid] BaWü:** Sprechen wir mal mit Blick auf deine letzte Antwort über Wissenschaftspolitik. Du bist auch beim Studierendenverband Die Linke.SDS aktiv. Was muss hochschulpolitisch anders laufen?

**Hilke:** Ich sage immer wieder aus tiefster Überzeugung, dass Wissenschaft Neugier braucht. Jedoch habe ich das Gefühl, dass das aktuelle Hochschulsystem keine Neugier schafft, sondern dass es darauf ausgerichtet ist, Menschen möglichst schnell durchzuschleusen was dazu führt, dass die Menschen ihr Wissen oder gewisse "Wahrheiten" nicht hinterfragen.

Damit Menschen neugierig werden und Wissen schaffen wollen, braucht es mehr Freiräume. Das fängt bei finanziellen Zwängen an. Wer nicht weiß, wie er\*sie die Studienfinanzierung realisieren soll, hat nicht die Zeit, sich noch einmal zwei Jahre mehr für das Studium zu nehmen.

Auch die Anwesenheitspflichten oder der Druck, in jedem Semester fünf oder sechs Prüfungen zu schreiben, sind ein Problem. Es gibt ganz viele verschiedene einzelne Ausprägungen, die Studierende unter Druck setzen, möglichst schnell und möglichst stromlinienförmig durchzukommen, anstatt kritisch nachzuhaken.

Prekär sieht es auch bei den Arbeitsplätzen für junge Wissenschaftler\*innen aus. Die machen sich teilweise mehr Sorgen darüber, was sie in zwei Monaten noch zu essen haben, statt Zeit dafür zu haben, sich mit Wissenschaft

auseinanderzusetzen.

**['solid] BaWü:** Was kann das Land hochschulpolitisch konkret besser machen? Können Landespolitiker\*innen auf Bologna einwirken? (*Bologn war der Prozess, der zur Straffung des Studiums und zum Bachelor/Mastersystem führte; Anm. d. Red.*)

**Hilke:** Den Bologna-Prozess an sich kann der Landtag nicht einfach abschaffen. Dennoch gibt es für den Landtag Möglichkeiten, ihn menschlicher auszugestalten. Zwei konkrete Beispiele:

In Thüringen hat die Landesregierung die körperliche Anwesenheitspflicht in Seminaren abgeschafft. Das könnte man auch in Baden-Württemberg abschaffen.

Eine andere Sache sind die Orientierungsprüfungen an baden-württembergischen Hochschulen, die relativ am Anfang eines Bachelor-Studiums abgelegt wird. Wenn Studierende die nicht bestehen, werden sie aus ihrem Studium geschmissen. Das ist für zahlreiche Studierende ein Stressmoment.

Wenn man die (häufig äußerst schwierigen) Einführungsveranstaltungen nicht besteht, war es das mit dem Studium direkt, obwohl das auf die Wissenschaft an sich gar keine Auswirkung hat. Diese Prüfung ist ein reiner Selektionsmechanismus, den man einfach per Landesgesetzgebung abschaffen könnte. Man kann Bologna also nicht abschaffen, aber innerhalb des Systems mehr Freiräume schaffen.

**['solid] BaWü:** Hilke, ein weiteres Kernthema von dir ist Friedenspolitik. Die Partei DIE LINKE. hat sich immer als Friedenspartei gegeben. Vor ein paar Jahren mobilisierte die politische Rechte auf die Friedensdemos am Montag. Das hat die Friedensbewegung bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet. Wie gehst du damit um?

**Hilke:** Es ist eine schwierige Frage, wie man mit den neurechten Ideolog\*innen, die sich bei der Friedensbewegung

tummeln, umgeht. Für mich ist es aber die falsche Antwort, sich rauszuziehen und zu sagen, dass die Friedensbewegung gescheitert ist und wir können keinen Frieden mehr machen. Dazu ist das Thema einfach zu wichtig.

Zahlreiche Menschen gehen erst einmal zu Demos, weil sie gegen Krieg sind. Den Menschen muss man klar machen, dass die Ursache für Kriege nicht irgendwelche Weltverschwörungen sind, sondern dass man das rational hinterfragen muss. Es geht eben auch um Profitinteressen von Rüstungskonzernen und Firmen, die ein Interesse an den Rohstoffen der jeweiligen Länder haben.

Wenn sie nur die neurechten Friedensdemos geboten bekommen, dann landen die Leute leider bei denen und so findet dann auch keine gegenteilige Meinungsbildung statt, die wichtig wäre. Das bedeutet auch, dass man nicht alle Menschen, die zu einer Friedensdemo gehen, als rechte Verschwörungstheoretiker\*innen diffamiert, sondern sich erst einmal mit ihnen auseinandersetzt.

**[‘solid] BaWü:** Siehst du einen Widerspruch darin, die Rojava-Bewegung zu unterstützen, die sich mit Waffen gegen den IS verteidigt und auf der anderen Seite Friedenspolitikerin zu sein?



**Hilke:** Die Menschen in Rojava verteidigen sich aktuell gegen die Angriffe des IS. Mit dem Assad-Regime gibt es eine Art brüchigen strategischen Frieden, da der IS der schlimmere Gegner ist. Sie haben dort die Wahl zwischen dem Griff zu den Waffen oder abgeschlachtet zu werden.

Daher ist es auch sinnvoll, sie zu unterstützen, aber nicht indem irgendwelche Peshmerga ausgebildet werden, sondern indem man den Menschen vor Ort konkret das gibt, was sie brauchen.

Da geht es auch darum, dass ihnen in der Region einfache Dinge wie Medikamente fehlen. Was die Bundeswehr hingegen macht, sehe ich kritisch. Ich wage zu bezweifeln, dass noch mehr Bombenabwürfe etwas bringen.

Beim Bundeswehreinsatz handelt es sich zwar um eine Beobachtungsmission, doch sie schießt Bilder, damit andere Bomben abwerfen. Der Einsatz dient vor allem dazu, Kriegseinsätze – gerade nach den Erfahrungen in Afghanistan – wieder salonfähig zu machen.

Auch die rechtliche Legitimität ist unglaublich schwierig. Wenn ich richtig informiert bin, führt die Entscheidung der Bundesregierung dazu, dass man den IS als Staat anerkennt, da es sich für Völkerrecht für zwischenstaatliche Konflikte handelt. Diese Anerkennung will ich nicht. Außerdem denke ich, dass Bomben auf den IS der falsche Weg sind, da das letztendlich wieder Zivilist\*innen trifft und sich dadurch wieder mehr Menschen radikalisieren.

Wenn man den IS tatsächlich bekämpfen will, muss man ihre Finanzströme und ihren Nachschub aus dem Westen endlich austrocknen.

Auch in Deutschland selbst braucht es eine andere Sozialpolitik. Wäre diese hier und anderswo besser ausgestaltet, würden sich vielleicht weniger verunsicherte Menschen dazu entschließen, in den Krieg nach Syrien zu ziehen.

**['solid] BaWü:** Danke für das Gespräch!